



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

September 2026

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

DIE KÄMPFER HABEN VORWÄRTS ZU SCHREITEN DER EINZELNE STREIK IST DER ANFANG ZUR FAUST DEINER KLASSE, ZUR VEREINIGUNG DEINER KLASSE IM GENERALSTREIK!

Gerade war der Aktionszug beendet, gerade der Appell mit den französischen Genossen geschrieben, da steht schon der nächste Schritt des deutschen Imperialismus im Kampf um die Bombe auf der Tagesordnung:
In Berlin werden Überlegungen angestellt, mit den Nuklearstreitkräften Großbritanniens zu kooperieren. Dies berichtet die Tageszeitung The Telegraph. Dies könnte Deutschland Einfluss auf, vielleicht gar Mitsprache über den Einsatz von Atomwaffen verschaffen. … In der deutschen Hauptstadt werde deshalb darüber nachgedacht, finanziell zum britischen Nuklearprogramm beizutragen – und damit neue Waffensysteme zu finanzieren. So wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Werft TKMS U-Boote für Israel gebaut hat, die mit Nuklearwaffen ausgestattet werden können. Darüber hinaus heißt es, Deutschland und Großbritannien seien ohnehin schon dabei, gemeinsam Raketen mit großer Reichweite zu entwickeln, darunter Hyperschallraketen. Dies legt nahe, perspektivisch auch atomar bestückbare Raketen zu produzieren, um nicht mehr auf die US-amerikanischen Trident-Raketen angewiesen zu sein. Aus Sicht der Bundesregierung hätte der Vorstoß nicht zuletzt den Vorteil, dass er der Bundesrepublik direkten Einfluss und damit auch Mitsprache über Nuklearstreitkräfte und ihren Einsatz böte. Das ist bei der Nuklearkooperation mit Frankreich nicht der Fall.[1]
Dieser Vorstoß ist ernst zunehmen – und jeder weiß: Die ökonomische Macht bestimmt – und diese baut der deutsche Imperialismus gegenüber dem britischen aus, und versucht sich dadurch den Zugriff auf die Atombombe zu schaffen, also noch einmal ein Schritt weiter als bereits gegenüber Frankreich.[2]
Was also ist angesichts dessen *zu tun?*

---

[1] Siehe den Artikel bei gfp
[2] Wir werden mit dem Ausschuss für internationale Beziehungen und B+G dringend versuchen, auch hier einen gemeinsamen Appell zu veröffentlichen. Denn was eint unsere Klasse mehr, als der Kampf gegen unseren Hauptfeind, der sich auch noch als aggressives, zeitweiliges Bündnis zusammentut, im ständigen Rausch der Suche nach dem Maximalprofit. Da liefert der französische Imperialismus sein Volk aus, genauso wie der britische – aber auch hier gilt: Bleibt es hier nur bei Papier, ist es nutzlos.

Die kommunistischen Parteien haben die Aufgabe, das Proletariat mit Erfolg für solche Bewegungen zu mobilisieren und es in ihnen zu führen. Sie können diese Aufgabe nun und nimmermehr lösen, wenn sie kleine, reine Sekten sind, die die Gebetsmühle von revolutionären Formeln drehen. Sie können diese Aufgabe nur lösen als bolschewistische Massenparteien, die das denkende Hirn, das organisatorische Rückgrat und der leitende Arm von Massenbewegungen sind. Der Kampf für Teilforderungen verbindet uns mit den proletarischen, mit den werktätigen Massen zu ausschlaggebender Macht. Wir müssen im Kampf für die Teilforderungen eine Energie und Entschlossenheit entfalten, als handele es sich dabei um die Eroberung der Staatsgewalt selbst. Umgekehrt müssen wir aber auch in jedem Kampfe für die kleinsten Teilforderungen stets den Gedanken, stets die Forderung des Endkampfes, zur Eroberung der Macht mit revolutionären Waffen mit einer Klarheit und Festigkeit vertreten und dem Bewußtsein der Massen einprägen, als wollten wir nicht morgen, nein, als wollten wir schon heute die Staatsmacht in die Faust des Proletariats bringen.[3]

Genossen, das sind keine Lehrsätze der Geschichte, sondern nach wie vor gültige, natürlich auf die konkreten Bedingungen angewendet, *Frage der Organisierung des Proletariats für die Revolution.* Es gibt keinen Zweifel am Kriegs-'Programm' der Bourgeoisie, daran, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln zum Krieg führen *muss* – aber legen wir das tatsächlich immer wieder genug dar, verbunden mit praktischen Schritten? Also enthüllen wir immer wieder, dass es keine Illusion darüber geben darf, dass die Ökonomie des Kapitalismus die Ursache der Massenentlassung ist, und es in den Grenzen dieser Gesellschaftsordnung keinen Ausweg mehr geben *kann?* Dass das Verbleiben im Kapitalismus vielmehr nur bedeuten kann, den Tod an der Front, den Tod durch Hunger in Kauf zu nehmen? Dass es keine Hoffnung darauf geben kann, dass – ‚Hauptsache Arbeit' – ich schon in der Waffenproduktion unterkommen werde? Dass auch dies eine Illusion sein muss, angesichts der Entwicklung der Produktivkräfte[4], und die ‚Vollbeschäftigung' also nur darin mehr aussehen kann, für das Vaterland zu verrecken? Dass die Massenentlassung und der Krieg zwei Seiten derselben Medaille sind? Weil die allgemeine Krise den Krieg hervorbringen muss, wie sie die Massenentlassung hervorbringen muss, und damit den Krieg wiederum verschnellert, um überhaupt noch zum Maximalprofit zu gelangen? Schließen wir wirklich jedes Schlupfloch, dass es ein Zurück nicht mehr geben kann? Und lösen wir als Kommunisten es ein, dass dieser Kampf durch uns bestmöglich voran-getrieben wird? Nützen wir jeden Ansatzpunkt, den es gibt, die Front herzustellen?

---

[3] Clara Zetkin, Über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, V. Erweitertes Plenum des EKKI

[4] Auch die Kriegsindustrie wird nicht dafür sorgen, dass alle Entlassenen dort ‚unterkommen', siehe nur VW Osnabrück ganz aktuell

Nein, dies tun wir nicht:
Wo sind die Versuche, gegen das Kriegsprogramm der Regierung Stellungnahmen zu verabschieden? In ver.di? In der EVG? Wo sind die Versuche, gegen diesen Angriff auf das Arbeitsrecht[5] Resolutionen zu bekommen, die uns wiederum helfen am Betrieb weiter zu kommen? Wo sind die erneuten Versuche, in ver.di – jetzt aber wirklich – eine Stimmung gegen den Feind in den eigenen Reihen zu entfachen – was hat das Militär in unserer Gewerkschaft zu suchen?
Der Krieg rückt jeden Tag näher, umso vorwärtstreibender aber haben wir zu sein, und nicht rückwärtsgerichtet, kleinmütig, nicht der ‚Sekretär einer Trade-Union', sondern ein Agitator für die einzige Zukunft der Menschheit.[6] Und gerade weil es Protestbriefe aus dem ein oder anderen Betrieb gibt - die aber allesamt das Wort Streik vermeiden, als wäre dieser des Teufels -, braucht es unser Anknüpfen daran, praktisch und konkret: Ja, die Metaller haben doch Recht, aber was muss unsere Antwort sein, was kann sie nur sein: Streik.
Oder: Die Genossen in Mercedes Bremen planen kurze Videoclips für die Betriebsversammlung zu erstellen – es braucht den STREIK gegen Massenentlassung und Krieg – ähnliches können auch andere Genossen tun, und wiederum diese Clips zeigen, so dass klar wird: Es gibt auch den anderen Kollegen, der diese Haltung hat, es kann sich vernetzt werden.
Und nur so machen wir auch die Schritte, die es braucht, um überhaupt materielles vorweisen zu können für den Aufbau der internationalen Anti-Kriegs-Front, um, auch wenn es noch keinen Streik in unserem Land gibt, wir dennoch nachweisen können, dass wir den Kampf darum stetig führen.
Was aber nicht geht, ist dabei zu verbleiben, nur darin zu verhaften ‚gegen' dies und das zu sein. Es braucht unabdingbar die positive Forderung, um die Organisierung voranzubringen. Die aber auch wiederum nicht nur in

---

[5] Wieder ganz aktuell: In der „Wirtschaftswoche": *Die Arbeitgeber wollen die Mitwirkung von Betriebsräten in bestimmten Fällen einschränken und beschleunigen, um in Krisen und beim Umbau von Unternehmen selbst freier handeln zu können. „Deutschland muss schneller, effizienter und weniger bürokratisch werden", forderte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Ziel ist eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, das die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmen regelt.*
Konkret fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unter anderem, „bestehende Mitbestimmungs-rechte auf den Prüfstand zu stellen". Die Mitbestimmung bei „sozialen Angelegenheiten" sei oft schleppend. So würden notwendige Anpassungen wie die Einführung neuer Arbeitsmittel oder Regelungen zum Gesundheitsschutz „in gefährlicher Weise ausgebremst", heißt es in einem BDA-Papier.

[6] *Man kann nicht genug betonen, daß das noch nicht Sozialdemokratismus ist, daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der Volkstribun sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.* (Lenin, was tun)

den großen Fragen bestehen darf: Wie soll angesichts dieser großen Aufgabe überhaupt was möglich sein – ist doch dann die Reaktion. Es lohnt sich, sich hierzu noch einmal die Auseinandersetzungen in der KPD anzusehen – denn so anders waren diese nicht:
Und, ja, Aufklärung ist notwendig, aber worauf müssen wir dabei achten: Dass wir nicht bei der Aufklärung stehen bleiben dürfen, dass wir das für immer formulieren müssen, dass wir nicht das tun, was die Linke eben landauf landab tut: Das Aufzählen der tausenden, unzähligen von Schlechtigkeiten der Herrschenden, ohne Antwort: Was tun. Denn was erreichen wir damit, außer: Zu erschlagen, die Aufgaben, die vor dem Proletariat liegen, unbewältigbar erscheinen zu lassen.[7]
Und ebenso gilt: Die Front ist doch nicht nur die der Metallarbeiter. Die Massenentlassungen und der Krieg treffen jeden Arbeiter – handeln wir auch danach? Kämpfen wir um Stellungnahmen in den anderen Gewerkschaften? Kämpfen wir um den ersten Schritt, also z.B. um eine Stellungnahme, bei den anderen Betrieben? Bei den Lokführern? Bei den Hafenarbeitern? Machen wir immer klar, dass es inhaltlich längst nicht mehr um den Streik geht, sondern um den G e n e r a l streik gehen müsste? Nützen wir also jede Möglichkeit des Zusammenschlusses und der Vernetzung? Warum also lassen wir die Binnenhäfen in unseren Städten links liegen anstelle auch hier zu versuchen, Kontakt zu erhalten? Warum ziehen wir nicht alles in eine reale Front zusammen – die doch die Bourgeoisie mit ihrem Angriff auf die Arbeiterklasse längst objektiv geschaffen hat?
Und natürlich ist jedes verteilte Flugblatt gut – aber reicht das noch? Nein. Es reicht nicht mehr. Es braucht das Megaphon bei jedem Einsatz vor dem Betrieb. Es braucht das Wort. Kurz: Es braucht alle Versuche, wie eben nun diese mit den Clips bei Mercedes.
Und selbiges gegen das Kriegsprogramm der Regierung: Wir wissen, das ist ein Angriff auf die Klasse – und das müssen wir auch in den Mittelpunkt stellen. Warum kämpfen wir nicht auch hier um Stellungnahmen in der Gewerkschaft? Warum führen wir nicht den Kampf schon jetzt darum, den zentralen Angriff auf die Klasse zum Angriffspunkt zu machen, wenn doch schon jetzt absehbar ist, dass der DGB alles in einen großen ‚Blumenstrauß' packen wird, und damit der Kampf schon verloren ist, bevor er begonnen wurde? Jede Stellungnahme, jedes Einkreisen wird uns helfen. Sicherlich – die Lage ist schwer – aber:
Was hast du gehofft? Daß der Kampf leicht sei? Das ist nicht der Fall. Unsere Lage ist schlimmer, als du gedacht hast. Sie ist so: Wenn wir nicht das Übermenschliche leisten - Sind wir verloren. Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann - Gehen wir unter. Unsere Feinde fürchten den Tag - An dem die ersten Streiks beginnen gegen ihren

[7] Vgl hierzu die Auseinandersetzungen in der KPD in den zwanziger Jahren – Organisierung vs. Allgemeine Propaganda

Krieg. Wenn der Kampf am erbittertsten ist - Müssen die Kämpfer vorwärts schreiten. Welche Kämpfer zu müde sind, die verlieren die Schlacht.[8]

aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
September 2026

[8] Brecht, Die Mutter bzw. abgewandelt für ‚Mit Brecht gegen den Krieg'

ZUR IGM-TARIFRUNDE
IN DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Die Süddeutsche Zeitung schreibt gar von einer „Tarif-Revolution“ in Hinblick auf die Pläne der IGM für die kommende Tarifrunde in der größten Industrie des Landes. Was sich hier aber anbahnt, hat rein gar nichts mit Revolution zu tun – im Gegenteil. Während aktuell die Vertrauenskörper in den Betrieben noch darüber diskutieren und beschließen, ob sie 4, 6 oder 8 Prozent mehr Lohn fordern, wurde in den Vorstandsetagen der IGM längst ein billiger Taschenspieler-Trick einerseits und die endgültige Auflösung des Flächentarifes anderseits ausgeheckt. In den Regionalkonferenzen zur Tarifrunde werden die Tarifkommissions-Mitglieder bereits darauf vorbereitet, dass diese Tarifrunde vor der Herausforderung steht, dass es in einigen Betrieben richtig gut läuft und in anderen dafür umso schlechter. Im Wesentlichen geht es hier um Autoindustrie gegen Rüstungsindustrie (auch Luftfahrt, Energie, Medizintechnik u.a.). Der Trick wird sein; keine „hohe“ Tariferhöhung anzustreben, von der dann zahlreiche Kapitalisten nach unten abweichen wollen, sondern eine niedrigere mit der Option, dass in gutlaufenden Betrieben nach oben erhöht wird. Sprich der Autoarbeiter verzichtet zu Gunsten seiner niedergehenden Industrie von vorneherein, während die Arbeit für den Krieg mit einem extra Lohnaufschlag versüßt wird. Das ist zusätzlich zum schon bestehenden Pforzheimer Abkommen eine Zerstörung des Flächentarifs und ein weiterer Sargnagel an den Gewerkschaften selbst. Damit nicht genug; außerdem ist die Rede von weiteren „Werkzeugen“ für Betriebe, denen „es besonders schlecht geht“, wie die SZ schreibt (SZ, 21.8.26, „Tarifrevolution“). Wie diese genau aussehen werden, wissen wir heute noch nicht, aber vermutlich werden sie weitere Möglichkeiten bieten den Tarif durch betriebliche Vereinbarungen zu unterlaufen, schlimmstenfalls auch die 35-Stunden-Woche zu zerschießen.

Wir haben bereits die letzten Jahre betont, dass spätestens in Kriegszeiten der Arbeiter sich seine Existenz nicht gespalten nach Branchen oder sogar Einzelbetrieben mit Tariferhöhungen von wenigen Prozent erhalten und erkämpfen kann. Das Kriegsprogramm der Regierung und die zahlreichen Angriffe der Kapitalisten, wie bei VW, Mercedes (5-Stunden ohne Lohn) und weitere erfordern den Kampf der gesamten Klasse, bis hin zum Generalstreik. Nur so kann der Arbeiter seine Existenz wenigstens noch zeitweilig erhalten und sich als Klasse organisieren, um zu weiteren Schritten zu kommen. Im Staatskampf, wir füllen ihnen nicht ihre Kriegskasse, indem wir Gesundheit, Rente usw. opfern, wir zahlen keine

Lohnsteuer, Mehrwertsteuer für den Krieg gegen unseresgleichen und uns selber. Du, Arbeiter hast es in der Hand.
Diese Klarheit braucht es gegen die Illusionen in die Tarifrunde, die maximal noch dazu genutzt werden kann, den Kampf um die Arbeitszeit zu führen, die Kapital und Regierung gerade erhöhen wollen. Indem wir also in den Streik treten für:

Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn!
Keine Stunde Arbeit ohne Lohn!
Keine Stunde für den Krieg
Verbot dem Kapital von Arbeit ohne Lohn
Keine Waffenproduktion !

Es hat die IGM-Metall–Tarifrunde ausdrücklich das Metallkapital in der Tarifgebundenheit auszuschließen, dass der Arbeitsvertrag ihrer Mitglieder durch Nicht-Bezahlung der Arbeitsstunden vom Metallkapital aufgehoben ist, also nicht rechtlich erfüllt – also der Vertrag zwischen IGM und Metallkapital ausdrücklich Arbeit ohne Lohn untersagt, wie keine Arbeit für Kriegsproduktion.

Dies wäre eine innerhalb des Lohnsystems und eines Tarif-Vertrags von zwei Klassen, zwischen Ausbeuter und Privatkapital und dem Arbeiter, der kein Besitzer seiner Arbeit ist, nicht der Fabriken, nicht der darin bestehende Maschinen, noch seiner Tagesarbeit, darin keine Stunde in der von ihm gefertigte Produktion, und eindeutige Arbeiter-Haltung auch gegen die zunehmende Erwerbslosigkeit in der ganzen Metall und ihrer Industrie. Seine Klassen-Haltung ist die der Arbeit. Denn wo der Arbeiter vor dem Werkstor steht, und die Kapitalisten millionenfach die bestausgebildeten Verkäufer, die Arbeitskraft der Arbeiter in der Kriegswirtschaft nicht mehr erwerben und kaufen, ist jede Lohnerhöhung im Kampf der Metaller ausgeschlossen nach imperialistischen-monopolistischen Gesetz der Lohnarbeit und den ökonomischen kapitalistischen Gesetzen.

Der Streik um bessere Arbeitsbedingungen in der Weltwirtschaftskrise des Imperialismus ist eben STREIK gegen Arbeit, die dem Arbeiter und dem Volk den Tod nur bringt und darüber hinaus vom Staat – also von den Steuern der Werktätigen bezahlt wird, Arbeit, die für die Milliardäre ein profitables Geschäft ist. Die deutsche Methode, in Tarifverträgen dem Arbeiter seine Lohnexistenz noch so zu erhalten, dass sie ihm die Arbeitskraft erhält ist eine erz-bürgerliche, sozialdemokratische Haltung und völlig wirkungslos, wenn Millionen die Ausbeutung durch das Kapital längst verweigert wird. Der Tarifvertrag also mehr als eine stumpfe Waffe und jeder STREIK von Unten sichert die Existenz der Arbeiter darin mehr, wenn er sein STREIKRECHT endlich anwendet.
Das ist, was wir den Metallern zur Tarifrunde für ihre Forderungsbeschlüsse sagen müssen, in der Kürze, z.B. als Aufkleber und in Flugschriften im Zusammenhang mit dem oben Gesagtem.

Anmerkung zu Tarif-Auseinandersetzung der Hafenarbeiter der Küste und in verdi:

Tarif-Streik bei den Hafenarbeitern: 11.000Hafenarbeiter, davon ein Teil im Lohnkampf ihrer laufenden Tarifrunde um mehr Lohn, die im Norden die See-Häfen kurzzeitig stillgelegt haben. Und darin zwei „Warnstreiks“, einer im August, ein 24-Stunden-Streik, und Anfang September ein zweiter, 48 Stunden lang, mit denen das Lohnsenkungs-Angebot der Hafen-Betreiber von der Mehrheit in einer Befragung der Hafenarbeiter bei ver.di in den Häfen Emden, Bremerhaven und Hamburg abgelehnt wurde. Und damit muss eben der STREIK aus dem der Ebene des „Wir waren euch Kapitalisten“ herauskommen – oder die Lohnsenkung ist den Hafenarbeitern gewiss.

aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
September 2026

ARBEITERMÄRSCHE

Wo der Streik der Hafenarbeiter der Streik der Hafenarbeiter bleibt, sitzt die Bourgeoisie weiter fest im Sattel. Ihr, sagen die Hafenarbeiter aus Marokko, dem Baskenland, Griechenland, Italien, Frankreich und der Türkei, Arbeiter aller anderen Bereiche, Kommunisten und Kriegsgegner, ihr habt jetzt drei Monate Zeit, alles daran zu setzen, dass wir den langen Marsch nicht alleine gehen. Der 30. Oktober ist gesetzt.

Wir kämpfen für „Häfen für den Frieden“ - und so sollten die deutschen Kommunisten etwas daraus machen können. Wo wird nicht verladen? Wo wird nicht Kriegsgerät transportiert? Wo, Arbeiter, hat die Sache der Hafenarbeiter nicht auch unmittelbar etwas mit dir und deiner Umgebung zu tun? Zwischen den Düsseldorfer Mercedes-Arbeitern, die Ende Juni ebenso wie die Bremer ein Lebenszeichen von sich gaben, und dem Duisburger Hafen liegen keine 20 Kilometer.[9] Und dann sollten wir Arbeiter mal über einen Hafen für den Frieden sprechen und unser Handeln überprüfen: In Duisburg befindet sich der größte Binnenhafen Europas, je nach Zählung gar der Welt. Was nicht in Antwerpen oder Rotterdam auf die Schiene oder den LKW verladen wird, verlässt erst in Duisburg das Wasser. In Duisburg werden Container auf Züge verladen, die nach China fahren. Was also schert dich der Hafenarbeiterstreik am 30. Oktober, Kollege? Duisburg entlastet den Militärtransport vom Atlantik an die Ostfront – als nachgelagerter Binnenhafen der Hochsee. Bei „Defender 2020“ vor sechs Jahren spielte der Duisburger Hafen die entscheidende logistische Drehscheibe für das US-Militär, das vom Westen her anrückte.

Häfen machen sich an ihrem logistischen Anschluss aus, an der Autobahnanbindung, vor allem an der Bahnanbindung. Die Einheit zwischen Hafen und Bahn ist keine an den Haaren herbeigezogene Erzählung, um den Klassenzusammenhalt geradezubiegen. Eine Trennung der Häfen von der Bahn ist logistisch nicht möglich. Erst recht nicht die von den LKW-Fahrern, aber die besseren Möglichkeiten priorisieren den Klassenkampf noch eine ganze Weile.

Ja, Hafenarbeiter, wir haben verstanden. Wir greifen zu einem Mittel, das unsere Klasse immer wieder verwendete: Dem Arbeitermarsch. Es werden kleine Anstöße sein können, nicht mehr. Kein Vergleich mit den Strapazen

---

[9] Dass auch Grenzen der BRD überschritten werde können, deutet die UZ an: Streik der Hafen-ARBEITER: Der erste Streik mit 24 Stunden (August), der darauffolgende mit 48-Stunden-Streik der mehr als 11.000 Docker der Hochseehäfen (Hamburg, Emden, Wilhelmshaven) Anfang September, um ihren Lohn zu erhöhen beziehungsweise, dass er nicht noch weiter fällt, verlief nicht zufällig gleichzeitig mit einem Streik in den Niederlanden gegen Sozialkürzungen. Die Automonopole konnten also nicht einfach von Bremerhaven die Küste westwärts ausweichen. Siehe UZ vom 11.09.2026: Fünf Kilometer und 48 Stunden Streik

und Weiten, die wir Arbeiter werden marschieren müssen, um unserem Sein, unserer Aufgabe gegenüber dem ganzen Volk, der Zukunft der Arbeit Ausdruck zu verleihen, wenn sie nicht vollends Arbeit zur Vernichtung werden soll. Uns bleibt keine Zeit mehr.

Auch die Geschichte der westdeutschen Arbeiterklasse kennt Arbeitermärsche: Der „Marsch auf Heilbronn“ 1975 etwa, als auf die angedrohte Fabrikschließung 7- von zehntausend Arbeitern die Hallen verließen, um in Heilbronn in Einheit mit dem Volk zu treten: Wir wollen Arbeit! Oder die Arbeitermärsche der Organisation gegen Regierung und Kapital im Jahr 2020 in mehreren Städten.

Wer von „Arbeitermarsch“ in Spanien hört, wird eine Meinung haben. Er weiß, dass dann die Asturier aus dem Norden gemeint sind, die Minenarbeiter, die, die als erste von den Waffen Gebrauch machten gegen den Faschismus, als sie 1934 in den Generalstreik gegen die reaktionäre CEDA-Regierung traten, der im bewaffneten Aufstand mündete und der erst unter Einsetzung von General Franco und seinen Kolonialtruppen aus (Spanisch-)Marokko niedergeschlagen werden konnte. Die, die 1962, mitten unter Franco, der bereits 25 Jahre wütete, und Zehntausende ihrer Arbeiterbrüder in den Folterkellern martern ließ, in den Streik traten und die Faschisten erstmals zwangen Konzessionen zu machen. Die illegale Kommunistische Partei ist in diesen Kämpfen entscheidend, um den Austausch der Arbeiter der Minen zu organisieren. Ihr Streik zog den Streik Zehntausender in ganz Franco-Spanien nach sich.

Und so wusste ganz Spanien, was es hieß, als sich 1992 einige Hundert Minenarbeiter aus Asturien und Castilla y Leon auf ihren ersten „marcha negra“, dem Marsch der schwarzen Minenarbeiter, Richtung Madrid machten. Die Minen sollten stillgelegt werden – ohne Umstellung der Produktion. Arbeit in Spanien heißt heute Tapas an den Strandtisch der Touristen bringen. Allesamt: Die asturischen Arbeiterkinder und die Absolventen der Universitäten – sie alle weiß die Zerstörung der Industrie um das Trinkgeld der auf ihren Kosten Fristenden zu bitten. Die Arbeiter wussten schon, was sie dem Volk Anfang der 1990er Jahre mitzuteilen hatten. Ihre Väter waren die von 1962, ihre Großväter die von 1934. In Madrid waren es 15.000, die sich den Arbeitern anschlossen. Wenn sich Asturien auf den Weg macht, muss die Republik eine Entscheidung fällen.

Natürlich ist ein Arbeitermarsch eine Demonstration. Aber er ist Ausdruck einer höheren Form der Ausdauer, der Bereitschaft, Opfer auf sich zu nehmen.

2012 folgt der dritte (2010 machte sich der zweite auf den Weg) „marcha negra“, die verbleibenden 8.000 Minenarbeiter von einst 10.000en landeten auf dem Altar eines Deutsch-Europas des Raubs und der Deindustrialisierung. 240 Minenarbeiter machten sich wieder auf den Weg in das 500 Kilometer entfernte Madrid. Sie tragen ihre Schutzhelme auf dem Marsch durch die Dörfer und Städte. Das Volk nimmt sie auf, organisiert Schlafhallen, Essen, läuft Etappen mit ihnen. Eiswasser gegen

die geschwollenen Füße ist die wichtigste Spende. In Madrid werden sie drei Wochen später ankommen. Sie werden ständig Autobahnen und Bahnstrecken besetzen, sie errichten Barrikaden. Der Staatsapparat reagiert nicht zimperlich. Anders geht es nicht. In Madrid führen die 240 über 25.000, die sich ihnen anschließen, an. Und wirklich immer singen sie ihr Lied, das der Bergarbeiter der „Asturischen Revolution“ von 1934: Santa Barbara Bendita.
Ein Arbeitermarsch ist eine klare Sache: Alles oder nichts. Werden wir auf dem Weg des Kampfes auch Kompromisse schließen, wo unsere Kräfte dies nicht anders hergeben. Die türkischen Bergarbeiter aus Doruk, die sich diesen April auf den Weg nach Ankara machten, werden Kugeln auf ihre Frauen und Kinder zu spüren bekommen und trotzdem weiter gehen und gehen. Das Volk ist auf ihrer Seite. Mit ein bisschen ausgezahltem Lohn, einem Tagessieg, weil sie ihr Leben riskierten, kehren sie zurück.
Ja, Hafenarbeiter, euer 30. Oktober ist nicht Sache von euch allein. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte und der Geschichte der Arbeitermärsche vieler Länder, dass wir längst vor zweierlei Tatsachen gestellt sind:
Es ist längst der Slogan des Arbeitslosen-Marsches, der aus dem Jiddischen übersetzt lautet: „Eins, zwei, drei, vier: also nun marschieren wir, Arbeitslose Schritt für Schritt und wir singen unser Lied von dem Land so groß und neu, alle Menschen sind da frei, arbeitslos ist keine Hand in dem neuen freien Land“.
Es ist aber vor allem die Losung unserer Organisation, die die Arbeit nicht um der Arbeit willen verlangt, sondern die Richtung um der Gesellschaft willen weist, in der die Grundlagen geschaffen werden, dass sie, die Arbeit, Bedürfnis und Notwendigkeit zugleich ist:
Keine Stunde ohne Lohne und keine Stunde für den Krieg! - Der Frieden ist ROT !
Und die Taten unserer Klasse in anderen Ländern haben wir auch historisch im heutigen Kampf und in beginnenden, oder in den ersten Anfängen stehenden Taten des Streiks gegen Krieg und Faschismus zu erhalten, indem wir den vorhandenen, kleinen Dokumentar-Film über den spanischen Arbeitermarsch gegen die Reste des Franco-Faschismus in Veranstaltungen vor den Arbeitermärschen zeigen und darüber die Versammlung mit Kollegen uns organisieren zu ihrem Tun im eigenen Land - zu Ende Oktober.

Internationale Solidarität hat ihre Entsprechung im eigenen Land und beruht auf Taten!
Die Internationale Solidarität zu den Hafenarbeitern und der internationaleren Arbeiterbewegung in ihrem angesetzten Hafen-Boykott nicht nur in Italien, Griechenland, Marokko oder Frankreich ist für die Arbeiter in unserem Land in der realeren Praxis möglich - als nur durch Worte - und auch darin sind wir Kommunisten tätig in ihren noch örtlichen

ersten Anfängen eines Arbeitermarsches, indem wir, so weit wie möglich und in unserer Zahl dazu ausreichend unsere eigene Praxis darin aufgreifen, um zu einer Demonstration in den Häfen und Strecken der Wasserstraßen des Warentransports zu gelangen. Indem wir jetzt mit Schiffern oder Schiffseignern, ob in Regensburg oder Nürnberg oder in NRW darum den Kampf führen, ob nicht erneut ein Last-Kahn-Schiffer uns ermöglicht, sein Deck zu benutzen, damit dort auf seiner Schifffahrts-Route ein Transparent sichtbar ist (wer es nicht gesehen hat oder aktiv dabei war, der sollte verlangen, dass der Film von Genosse Thomas Schmitz-Bender und Peter Voigt in Versammlungen gezeigt wird und in Erinnerung bringen, was ein Strom wie der Rhein bei Bonn geboten hat, oder ein Kanal in Berlin).
Die nationale Solidarität hat auch bei uns erneut wieder ihren Anfang oder ihre weitere Fortführung. Der Frieden ist Klassen übergreifend; Ein STREIK für Frieden und ein Kampf gegen den eigenen deutschen Kriegstreiber. Ohne es wenigstens versucht zu haben, diese Demonstration zum Boykott der Häfen von dem Hafenarbeiter anderer Länder, kann es keine internationale Solidarität von unserer Klasse und von darin tätigen Kommunisten geben.
Also, Genossen, was uns auf dem Rhein schon einmal gelang, muss erkämpft werden in heutigen Zeiten durch den Schlepp-Kahn eines Besitzers, der uns wieder ermöglicht ein sichtbares Zeichen auch in unserer Klasse zu setzen, ein demonstratives „Zeichen“ auf den Wasserstraßen in unserem Land. Was uns auch den Bekanntheitsgrad der Arbeitermärsche in Städten und vor Betrieben erhöht, ***sichtbar erhöhen*** wird die Notwendigkeit der Teilnahme an den Arbeitermärschen. Es wäre wahrlich eine wahre Unterstützung der Industriearbeiter – die im Krieg und im Elend der Erwerbslosigkeit durch die Republik dadurch mit einem Zeichen „Nicht mit uns“ setzen. Indem wir Kommunisten es ihnen ermöglichen, die demonstrative Aufforderung per Schiff und einem Kahn durch die Republik oder auf den Wasserstraßen: Arbeiter, nehmt an den Märschen teil! Jeder Arbeitermarsch hat seine Formen und fängt an mit dem real gegebenen Kräfteverhältnis der klassenbewusstesten Kumpel, Hafenarbeiter und Industriearbeiter. Lasst uns jede Aktionsformen aus unserem Reservat und unserer Geschichte nützen, die Arbeiter-Märsche in schwierigen Kriegszeiten in der ganzen Republik durchzuführen und um ihre Teilnahme an ihnen zu kämpfen.

Recherche Binnenhafen
Der Regensburger Hafen ist nach Warenumschlag der größte Binnenhafen in Bayern. 2025 wurden 2,57 Mio Tonnen umgeschlagen (Schiff und Bahn). Im gesamten Hafengebiet sind etwa 2.100 Arbeiter und Werktätige beschäftigt. Die 2.100 Arbeiter und Werktätige arbeiten in 80 unterschiedlichen Unternehmen auf mehr als 180 Hektar verteilt. Also im Schnitt 26

Kollegen pro Betrieb. Bei Bayernhafen selbst sind das kaum welche, laut Wikipedia 51 Kollegen in Umschlag, Instandhaltung und Verwaltung.
Der Hafen wird von der Bayernhafen GmbH & Co. KG betrieben. Diese stellt die Infrastruktur - Kräne, Kais, Gleise, Flächen - bereit uns betreibt sie. Sie haben auch eine Abteilung der direkten Hafenarbeiter, Kranfahrer, Lokführer, Baggerführer, Containerstapler etc. Da sie aber Infrastrukturbetreiber sind, ist das Prinzip, dass einzelne im Hafen ansässige Kapitalisten diese Infrastruktur zum Teil mit eigenen Arbeitern benutzen und bedienen. Die Bayernhafen GmbH ist zu 100% im Besitz des Freistaats Bayern.
Der Regensburger Hafen teilt sich in 3 Hafenbecken. Das Prinzip ist gleich: um die Hafenbecken herum sitzen die einzelnen Betriebe, die dort ihre jeweiligen Waren umschlagen und verladen. Direkt zur Wasserkante, wo die Umschlagsarbeiten stattfinden, kommt man also selten. Meistens führen die öffentlichen Straßen hinter Hafenbecken und Betriebsgebäuden entlang.
Westhafen: Schüttgut: Kies, Sand, Kalkstein vom nahegelegenen Regensburger Kalkwerk. Umschlag hauptsächlich durch DTU (Donau-Transport und Umschlagsgesellschaft mbH). Stahl- und Eisenschrott durch RVR (Rohstoffverwertung Regensburg GmbH). Außerdem Containerterminal (CTR Containerterminal Regensburg GmbH) mit einer Umschlagskapazität von 128.000 TEU. Das Containerterminal ist hochfrequent per Bahn an die Seehäfen angeschlossen.
Schwerlasttransport durchgeführt entweder von Bayernhafen/DTU oder von Rhenus/Schmidbauer von Maschinen und Maschinenteilen. Vor allem Maschinenfabrik Rheinhausen (MR) mit großen Transformatoren für Umspannwerke u.ä., die in einer neuen Kooperation mit Siemens in Regensburg gebaut werden.
Ölhafen: VARO Energy Tankstorage GmbH ist Betreiber des Ölhafens bzw. der Tanklager. Hier landen fertig raffinierte Kraftstoffe (Diesel, Benzin, Heizöl) z.B. aus der Raffinerie in Ingolstadt an. Von hier aus werden sie an Tankstellen und Betriebe geliefert. Tanklagerkapazität: 27.800m³.
Osthafen: Futtermittel und Agrarprodukte: BayWa AG Lagerkapazität 70.000 t für Getreide, Saatgut, Betriebsmittel (Dünger und Pflanzenschutz). Umschlag: 240.000 t Getreide im Jahr.
deuka (Deutsche Tiernahrung Cremer) ebenso Umschlag von Getreide und Futtermittel für Viehaltung. Keine Zahlen zu Kapazitäten und Umschlag.
Regensburg gilt als Getreide-Drehkreuz, 90% des umgeschlagenen Getreides geht in den Export. Sprich hierüber wird der Gäuboden exportiert.
Es gab bereits mehrmals Überlegungen und Initiativen z.b. von der Ukrainischen-Donau-Schifffahrtsgesellschaft, über die Donau und den Regensburger Hafen ukrainisches Getreide zu transportieren. Vor allem in den Zeiten harter Blockaden im Schwarzen Meer. Die Kapazitäten sind natürlich viel geringer als bei Hochseetransport und die ukrainischen Donauhäfen haben viel geringere Kapazitäten. Es finden sich kaum

öffentlich zugängliche Angaben. Die BayWa dementiert. Fakt ist aber dass, 2023 so viele Donauschiffe eingesetzt wurden, dass im Regensburger Hafen andere Transportkapazitäten fehlten. Zur Zeit führt auch das Niedrigwasser der Donau zu weniger Schiffbarkeit beim ukrainischen Getreideexport.
Schwerlasttransport: es lagern ca. 300 Kabeltrommeln Erdkabel mit 1,75km Kabel je Trommel im Hafen. Tennet baut hier den SüdOstLink für die Energiewende. Beteiligten Betriebe: Rhenus, Prysmian, Schmidbauer
Außerdem im Osthafen: Stahlhändler Klöckner und Mossandl Logistik GmbH Betreiber von Siloterminals für Zement und Baustoffe.
Im Hafengebiet ist eine öffentliche Kantine, die man für die Agitation nutzen sollte. Außerdem gibt es wohl eine Busverbindung zur Rewag Kantine, was geprüft werden muss. Wir konnten noch nicht herausfinden, wie es um die gewerkschaftlichen Strukturen im Hafen steht. Es ist zu befürchten, dass nicht nur Ver.di, sondern auch die NGG oder die IGBAU in einzelnen Betrieben mitmischen, was die Sache schwieriger machen könnte.
Verbindungen:
Der Rhein-Main-Donau-Wasserweg erstreckt sich über 3.500 km von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer. Beginn Nordseehäfen Rotterdam, Antwerpen, Amsterdam flussaufwärts in den Rhein. Bei Mainz geht es weiter in den Main. Bei Bamberg zweigt der Main-Donau-Kanal (171 km) ab, der bei Kehlheim in die Donau mündet. Von Regensburg über Wien und Budapest geht es flussabwärts bis ins Schwarze Meer.
In der BRD liegen auf dem gesamten Wasserweg 65 Schleusen, im Kanal zwischen Bamberg und Kehlheim liegen 16 Schleusen, die 243 Höhenmeter überwinden.
Vom Rhein aus gibt es die Verbindung bei Bergeshövede in den Dortmund-Ems-Kanal, der in den Mittellandkanal mündet. Vom Mittellandkanal bei Wolfsburg in den Elbe-Seitenkanal zum Überseehafen Hamburg oder bei Minden in die Weser nach Bremerhaven.
(OK Regensburg, 13.09.26)

aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
September 2026

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG
DER KRIEG IST IN DER WELT!
SEPTEMBER 2026

Neue Atombomben der USA mit Stationierungen in Europa und auch auf dem Gebiet Litauens – eine Kampfansage an den deutschen Imperialismus

Der US-Imperialismus hat neue Atombomben entwickelt, die zielsicherer sind als die bisherigen Modelle, sie lassen sich auch skalieren mit unterschiedlichen Sprengwirkungen. Mit diesen Waffen können z.B. feindliche Kommandozentralen und andere Einrichtungen präziser zerstört, aber auch Ansammlungen feindlicher Truppen vernichtet werden bei geringerer radioaktiver Strahlung. Damit sinkt natürlich die Hemmschwelle zu deren Einsatz weiter. Die US-Armee hat in Büchel ihre alten Atombomben schon durch die neuen ersetzt, auf die der deutsche Kriegstreiber eine „Teilhabe“ hat, d.h. die Bundeswehr kann sie mit ihren geeigneten atomwaffentragenden Militärmaschinen wie dem Tornado der F35 in gegnerische Ziele steuern, also beispielsweise gegen Russland. Formal brauchen sie dafür die Zustimmung des Pentagon, aber im Krieg zählt kein Vertrag mehr, sondern die nackte militärische Gewalt und Stärke. In Belgien, den Niederlanden, Italien, der Türkei lagern diese Bomben schon und die USA sind gerade dabei, solche Vernichtungswaffen in England zu stationieren. Polen, Finnland und Litauen sollen folgen zur Einkreisung Russlands nahe an dessen Grenze. Eine Stellungnahme Polens oder Frankreichs ist bislang nicht bekannt, es ist aber ein Kampf zwischen dem US-Imperialismus und dem deutschen Okkupanten um die Vorherrschaft in Polen, der nach 1990 das Land sicher in deutscher Hand hatte, was ihm die USA seit gut 10 Jahren streitig macht. Wir werden sehen, wie die jeweiligen Teile der polnischen „Kompradoren-Bourgeoisie“ reagieren. Die Regierung Litauens kündigte kürzlich schon an, das Verbot der Stationierung von Atomwaffen aus der Verfassung zu streichen. Litauisches Volk, wer die Diktatur des Proletariats verkauft, wird zum blutigen Schlachtfeld des Finanzkapitals durch seine Armeen. Einerseits durch die Bundeswehrmacht mit deutschen Brigaden und andererseits durch den Hauptfeind der Völker der Welt, der die Völker nicht erst seit Vietnam in Elend und Tod stürzt. Und sie im Kampf um die Befreiung und die Wiedererrichtung der neuen Gesellschaft vor gewaltige Aufgaben stellt.

Diese geplante Stationierung neuer A-Bomben auf dem Boden Litauens ist gewissermaßen eine Kampfansage gegen den feindlichen deutschen Konkurrenten und seiner Okkupations-Brigade in diesem baltischen Land. Und es wird eine Frage der internationalen Kriegslage sein, wer den realen Zugriff auf diese Bomben erhält. Sollte die USA im Krieg gegen China stehen, könnte diese Waffen die deutsche Militärkamarilla sich unter den Nagel reißen. Wer irgendwann oder gar noch heute irgendwelchen internationalen Abkommen über atomare Rüstungskontrolle hinterherläuft wie der Hamster im Rad, dem sei gesagt: Heute gibt es selbst kein einziges Abkommen über atomare Rüstungskontrolle mehr, das letzte ließ Washington im Februar diesen Jahres auslaufen, liebe Pazifisten. Es ist nur noch die Arbeitermacht, die den blauen Planten vor der atomaren Vernichtung retten kann. Und unsere Arbeiterklasse sollten wir schon in kleinen Betriebsartikeln weiterhin darüber in Kenntnis setzen und damit die Aktionstage von Berlin bis Hamburg nicht ad acta legen. Atom für Strom statt für die Bombe.
gfp 3.8.26

Deutsch-französische Brigade an Ostfront verlegt

Im Juli 2026 unterzeichneten der deutsche und der französische Kommandeur der Deutsch-Französischen Brigade eine Erklärung zur Verlegung an die Ostfront. Sie werden im polnischen Szczecin im Multinationalen Korps stationiert und sollen im rückwärtigen Raum den Aufmarsch deutscher u.a. Truppen an die Ostfront für die Eroberung und Unterjochung Russlands absichern. Der deutsche Imperialismus nimmt französische Truppen für seine Kriegs-Eroberungen unter seine Fittiche. Armes Frankreich!
Soldat und Technik, 17.7.26

Neues Militär-Abkommen der deutschen Generalität mit Polen

Wir erinnern uns: Nach der schwersten Niederlage des Weltproletariats Ende der 80er Jahre, die in den 60er Jahren begann, annektierte der deutsche Imperialismus nicht nur die DDR, sondern legte seine verwesenden Krallen auch auf die ehemaligen Volksrepubliken im Osten Europas, gewann in ihnen gewaltigen politischen Einfluss, ordnete sich Teile ihres Militärapparats und auch der Polizeien unter, ließ eine Nationalbourgeoisie nicht aufkommen, was sie selbst auch gar nicht konnten, plünderte sie wirtschaftlich aus und raubte insbesondere ihre gut ausgebildeten Arbeitskräfte, während hunderte Millionen in den blanken Pauperismus gestürzt wurden.

So auch in Polen, in dem die deutsche Militärkanaille die polnische Armee in große Abhängigkeit brachte. Der deutsche Kriegsverbrecher im Militärstiefel überschritt die Oder-Neiße-Grenze und schlug in dem in zwei Weltkriegen geschundenen und verwüsteten Land seine Standorte auf. Er lieferte modernes Militärgerät und lieferte sämtliche Munition und Ersatzteile, jeden Motor, bis hin zu jeder Schraube. Die Nachfolger der Wehrmacht bildeten die polnischen Offiziere vom General-stab bis zum Panzerfahrer aus aufgrund entsprechender Abkommen. So brachte der deutsche Okkupant das Land in deutsche Hand. Hinzu kam die Übermacht der deutschen Monopole und des Finanzkapitals als quasi konkurrenzloser Konkurrent polnischer Kleinkapitalisten, er trat weniger auf als wirtschaftlicher Beherrscher, denn für eine Riesen-Erweiterung von Produktionsstätten in den Ländern Osteuropas fehlte schlichtweg die zahlungsfähige Nachfrage. In der Tschechischen Republik reichte dem VW-Konzern schlichtweg die Übernahme der Skoda-Werke zur Beherrschung des Landes. Nicht nur ökonomisch, sondern auch mit riesigem politischen Einfluss bis hin zur von ihm betriebenen Spaltung der Tschechoslowakei.
Nach Jahren deutscher Vorherrschaft in Polen etc. langte der US-Imperiaslismus nach den Gebieten der ehemaligen Volksdemokratien, auch nach Polen. Auch er schloss Militärabkommen, stationierte tausende Soldaten in Polen und Teile der Kapitalisten Polens und ihre Politiker (PiS) wandten sich ihm zu als vermeintlichen Schutz vor dem Nachfolger des Hitlerfaschismus. Als die mächtigsten NATO-Staaten Osteuropa und Teile der ehemaligen Sowjetrepubliken unter sich aufteilten, bei der das deutsche Militär sich mit einer Battlegroup Litauen krallte, nahm der US-Imperialismus sich mit seiner Battlegroup Polen und baute seinen Einfluss ständig weiter aus. Gegen das deutsche Finanzkapital und Konkurrenten einerseits, zur Einkreisung und als Aufmarschgebiet hin zur ehemaligen Sowjetunion andererseites. Wenn zwei Imperialisten sich ein Land absichern wollen, wird es zum Schlachtfeld. Das sollten die Reste einer „KP Polens" schon wissen und im Volk agitieren.
Den Kampf der USA gegen seinen Hauptfeind China und seine Hinwendung dorthin nutzend, stößt die Berliner Republik sofort in diese Lücke vor, u.a. mit einem
„*Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung*" vom 23. Juli 2026.

Dazu schreibt der auch im Fernsehen immer wieder auftauchende Thomas Wiegold am 3.8.26 auf seiner Internetseite „Augen geradeaus":
„Neben der Ausweitung der Zusammenarbeit auf technischem Gebiet dürfte kurzfristig vor allem die Ausweitung der militärischen Mobilität von Bedeutung sein – allein schon, aus deutscher Sicht, um schnelle

Verstärkung und Nachschub für die Panzerbrigade 45 in Litauen quer durch Polen sicherzustellen. Dazu heißt es in Artikel 2“
(*Aufbau von Verteidigungspotenzial und operativer Zusammenarbeit*):
(5) Die Vertragsparteien ermöglichen den Transit und die Stationierung der Streitkräfte der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet, stärken den Bereich der militärischen Mobilität, einschließlich der Harmonisierung der administrativen undiplomatischen Verfahren für den Grenzübertritt, der Bereitstellung operativer Unterstützung, der gemeinsamen und gegenseitigen Nutzung der Infrastruktur, die für eine effiziente Bewegung der Streitkräfte beider Vertragsparteien erforderlich ist, sowie der Stärkung der Koordinierung der Maßnahmen in diesem Bereich.
(6) Die Vertragsparteien unterstreichen die Bedeutung der Entwicklung logistischer Unterstützungs-infrastruktur auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen, die als Versorgungsbasis für das in der Republik Litauen stationierte Kontingent der deutschen Landstreitkräfte sowie für andere NATO-Mitgliedstaaten im Rahmen der kollektiven Bündnislogistik dienen kann.
(7) Die Vertragsparteien betrachten militärische Mobilität als Schlüsselelement, das die effiziente Verlegung von gemeinsamen alliierten Kräften ermöglicht und zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die logistische Unterstützung militärischer Operationen ist.
(Bundesgesetzblatt)
Den Durchmarsch des deutschen Militärs an die Ostfront durch Polen abzusichern, das ist der Hauptzweck des Abkommens der deutschen Kriegsregierung, sowie sich Polen wieder mehr unter den Nagel zu reißen. Die polnische Regierung unter Tusk vertritt noch immer die Teile der polnischen Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie, die sich unter die Fittiche des deutschen Imperialismus begeben hat gegen die USA.

Weiter heißt es im Einzelnen:
„(8) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Entwicklung, Erweiterung und dem Schutz militärischer Infrastruktur sowie militärisch nutzbarer ziviler Infrastruktur wie Eisenbahn-strecken, Straßen, Flughäfen, Brücken und Logistikzentren für den schnellen Transport von Truppen und schwerem Gerät. Sie stärken die Ostflanke der NATO durch gemeinsame Investitionen in weit gefasste Infrastruktur, die die Fähigkeiten der NATO zur Durchführung militärischer Operationen in östliche Richtung verbessert. Sie kooperieren im Bereich des Pionierwesens, einschließlich der Verteidigungsinfrastruktur und technischen Unterstützung von Gefechtsoperationen.
(9) Die Vertragsparteien unterstreichen die Bedeutung einer koordinierten Entwicklung nationaler Anteile der NATO- Kraftstoffversorgungskette für alliierte Operationen an der NATO-Ostflanke.“

Im Konkreten wird weiter aufgeführt:
Gemeinsame Großübungen auf Divisionsebene, vermehrte bilaterale Übungen auf dem Land,
Gemeinsame Ausbildung, Austausch von Offizieren, gegenseitige Besuche, Austausch von Informationen, Standardisierung von Führungs- und Einsatzgrundsätzen,
Schaffung eines Netzwerks der Austausch- und Verbindungsoffiziere in allen Teilstreitkräften und Truppenteilen
Schnelle Luftbeweglichkeit
Maßnahmen zur Flugkörperabwehr für die Ostflanke,
Zusammenarbeit im Weltraum
Zusammenarbeit der Marinen in der Ostsee
Auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie:
„(2) Die Vertragsparteien stärken die industrielle Zusammenarbeit bei Verteidigungsprojekten, sofern angebracht auch durch gemeinsame Forschung, Entwicklung und gemeinsame Beschaffung im Verteidigungsbereich. Darüber hinaus identifizieren sie gemeinsam zusätzliche Bereiche, ein gemein-samer Ansatz bei Rüstungsexporten im Hinblick auf diese Verteidigungsprojekte sowie Projekte für die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Interoperabilität ihrer Streitkräfte.
(3) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit zwischen ihren Rüstungsindustrien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien zu erhöhen, die Produktionskapazität sowohl der nationalen als auch der verbündeten Rüstungsindustrien zu erhöhen und die Interoperabilität sowie die europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern.“
Zusammenarbeit der Militärpolizeien.
Zusammenarbeit in der „Territorialen Verteidigung“, also der Heimatschutz, Einsätze auch bei „Krisenbewältigungen“, also beim Widerstand aus dem Volk und der Arbeiterklasse.

Das Abkommen enthält weitere konkrete Punkte, die jeder sich ansehen sollte, denn die Summe ist erschreckend für die Arbeiter und das Volk in Polen wie auch die Arbeiter hierzulande. Es ist Teil des deutschen Kriegs auf dem Rücken des polnischen Volks für den Durchmarsch zur Ostfront. Der ist unabdingbar notwendig wie auch im II. Weltkrieg zur Eroberung Russlands und weiterer ehemaliger Sowjetrepubliken für den deutschen Raub von Fabriken, Rohstoffen und insbesondere für den Raub an Zwangsarbeitern für die deutsche Kriegsmaschine.
Augen geradeaus 23.7.26, Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 157

Der US-Imperialismus kreist im Verbund mit den Luftwaffen anderer NATO-Staaten Kaliningrad ein und bedroht massiv die russische Exklave.
Offiziell veranlasst durch Litauens Kriegsminister

Im August startete der US-Imperialismus mit den NATO-Staaten wie BRD, England, Polen, Norwegen und Schweden ein besonders aggressives Manöver rund um Kaliningrad. Die hoch-modernen Kriegsflugzeuge EA-37B „Compass Call" der USA, die modernsten US-Kampf-hubschrauber, Luftbetankungsflugzeuge, AWACS Spionageflugzeuge und der deutsche hochmoderne Seefernaufklärer Poseidon flogen mit 25-50 NATO-Militärmaschinen mehrere Tage rund um Kaliningrad. Polen stellte Bodentruppen zur Koordinierung. Norwegen flog Einsätze mit Kampfjets an der Ostflanke. Parallel wurden auch im hohen Norden nahe der russischen Kola-Halbinsel koordinierte Luftbewegungen registriert. Schweden unternahm Spionageflüge, unter anderem mit dem elektronischen Aufklärungsflugzeug Gulfstream S 102B Korpen. Welch eine Tragik für das über Jahrhunderte neutrale Land Schweden, dessen Arbeiter und Volk keinen nennenswerten Widerstand gegen den NATO-Beitritt leisteten und eines Tages einen schweren Blutzoll leisten müssen, sollten sie vorher ihren Beitritt nicht wieder rückgängig machen.
Erstmals setzte die US-Luftwaffe das hochmoderne Spezialflugzeug EA-37B „Compass Call" nahe Kaliningrad ein. Diese Maschine ist darauf ausgelegt, die gegnerische Kommunikation, Radar-systeme und die starke russische Flugabwehr gezielt elektronisch zu stören. Es war über mehrere Tage eine gezielte Provokation Russlands, insbesondere durch den US-Imperialismus. Den offiziellen Anlass hierfür lieferte der Kriegsminister Litauens, dessen Land die deutschen Okkupationstruppen längst in der Hand haben wie auch dessen Regierung selbst. Anfang August gab er bekannt: „Wir haben Informationen, dass Russland unkonventionelle kinetische Angriffe gegen kritische Infra-strukturen im Baltikum erwägt." "Es ist wahrscheinlich, dass Russland zu diesem Zweck ukrainische Drohnen einsetzen könnte." Da kann man sich leicht die Hintermänner dieser mit faschistischer Manier durchgeführten Provokation denken.
Augen geradeaus, 28.8.26

Kriegsminister Pistorius will deutschen Raketen-Startplatz

Der deutsche Kriegskonzern Isar Aerospace aus Ottobrunn bei München, gefördert mit Millionen von Staatsgeldern, beförderte nach mehreren Fehlversuchen erstmals eine deutsche Rakete in den Orbit und setzte Nutzlast im Weltall ab, wahrscheinlich sind es Satelliten. Das Werk in Bayern will jährlich 30 solcher Raketen bauen. Die deutsche Kriegsmaschine will bekanntlich das Weltall erobern und sich unabhängig

vom US-Imperialismus machen und gar stärker werden als dieser! Das dürfte wohl ein deutscher Größenwahn bleiben. Noch testet und startet der Raketenhersteller seine Raketen von Norwegen oder einem britischen Startplatz in Schottland aus.
Nun verlangt Pistorius nach einem deutschen Raketenstartplatz für die Bundeswehr. Der aller-dings ist in einem dicht besiedelten Land wie der BRD nicht leicht zu finden, in der annektierten DDR schon eher. Aber das wird kein Hindernis für Deutschlands Kriegsmaschine sein.
ZDF heute, 6.9.26

Die EU-Kommission, der neue Haushaltsplan und die Zurückweisung durch Kriegskanzler Merz

Die EU legte den EU-Langzeithaushalt für die Jahre 2028 bis 2034 mit Ausgaben von 1,76 Billionen Euro nach heutigem Preisniveau vor. Es können auch 2 Billionen und mehr werden, falls die EU nicht vorher auseinanderfliegt. Darin enthalten sind 149 Milliarden für die Rückzahlung von Schulden. Hinzu kommen erstmals 130 Milliarden für die Aufrüstung, obwohl die EU nach den geltenden EU-Verträgen und der sogenannten EU-Verfassung einen Rüstungshaushalt ausschließt. Nach Art. 48 dürfen Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen *nicht* aus dem regulären Haushaltsplan der EU finanziert werden. Während für die Agrarbranche im Langzeithaushalt von 2021 bis 2027 noch 387 Milliarden vorgesehen waren, sollen sie im neuen Haushalt auf 295 Milliarden sinken. Ein großer Teil des Agrarhaushalts fließt an französische Landwirte.
Kriegskanzler Merz hat dem neuen Haushalt schon mehrfach eine schroffe Ablehnung erteilt. Aber nicht wegen des gekürzten EU-Haushalts und den Nachteilen für die französischen Bauern. Er verlangt Kürzungen in allen Bereichen. Der Haushalt müsse „unsere politischen Prioritäten abbilden." „Und zwar insgesamt um mehrere 100 Milliarden Euro. Diese Kürzungen sind zwingend". Absolute Prioritäten Berlins sind nicht der Agraretat, sondern die Rüstung. Merz behauptete, Deutschland könne sich einen höheren Haushalt nicht leisten, obwohl der deutsche Nettobeitrag von 19,7 Milliarden im Jahr 2022 auf 13,1 Milliarden im Jahr 2024 gesunken ist. Doch die Aufnahme von 838 Milliarden Neuschulden und bald 100 Milliarden Zinszahlungen sind kein Problem für das deutsche Finanz-kapital, das die Milliardenzinsen einkassiert und demzufolge auch nicht für seinen Regierungs-ausschuss im Berliner Reichstag. Klar ist: Der Kampf um den nächsten Langzeithaushalt ist ein erbittert geführter Machtkampf zwischen Paris und Berlin und enthält gewaltigen Sprengstoff und beschleunigt den Krieg in Europa.
gfp 30.7.26

NATO-Staaten sagen Ukraine 140 Milliarden Militärhilfe zu – die USA keinen Cent

Die NATO-Staaten der EU und Kanada beschlossen auf ihrem letzten NATO-Gipfel die Zusage von 140 Milliarden Militärhilfe in diesem und nächsten Jahr zur Verlängerung des Bürger-kriegs in der Ukraine und der Schwächung Russlands. Das Völkerabschlachten nimmt weiter Fahrt auf nach der Niederlage der sozialistischen Sowjetunion, die noch immer anhält.
Darin enthalten sind 60 Milliarden an Darlehen der EU an die Ukraine für 2026 und 2027.
Der US-Imperialismus zahlt keinen Cent und macht hier keine unkluge Politik – sollen sich die Europäer doch die Köpfe mit Russland einschlagen und sich beiderseits schwächen, wir schauen zu und holen uns danach die größten Brocken und insbesondere die Rohstoffe.
Tagesschau, 11.5.26

Panzer statt Lokomotiven - Rheinmetall baut Kassel zum Pulverfass aus

Kassel wird zu einem der größten Rüstungszentren Deutschlands. Bisher beutet dort schon der Panzerbauer KNDS 2.400 Arbeiter aus, die den schweren Kampfpanzer Leopard sowie Artillerie- und Brückenlegungs-Systeme wie die Panzerhaubitze 2000 und den Brückenlegepanzer Leguan an 4 Standorten herstellen.
Daneben gibt es den Rüstungsbetrieb Dedrone: Das Unternehmen ist auf Luftraumsicherheit und Systeme zur Drohnenabwehr spezialisiert. Die Technik wird weltweit von Behörden und dem Militär genutzt.
Rheinmetall beutet derzeit 2.200 Arbeiter in Kassel aus, die Rad- und Kettenpanzer bauen. Zusätzlich sollen 800 Arbeiter hinzukommen. „Kassel wird in absehbarer Zeit das größte Panzerwerk Europas. Es wird das modernste Panzerwerk der Welt sein“, so Vorstandsvorsitzender Papperger. Die Produktion wird automatisiert mit autonom fahrenden Schweißanlagen. Der Umsatz soll von derzeit 1,5 Milliarden auf 5 Milliarden steigen, das Auftragsvolumen durch die Bundes-wehr auf 14 Milliarden anwachsen für den deutschen Krieg. Die jährliche Produktion von 40 bis 50 Radpanzern soll auf das Zehnfache erhöht werden.
Rheinmetall sucht weitere Fachkräfte und sucht sie auch im niedergehenden Lokomotiven-Werk von Alstom nebenan. Die 900 Arbeiter bangen um ihre Lohnarbeit. „Wir suchen Leute, und Alstom versucht eine Lösung zu finden“, so Papperger. Er werde auch über die Übernahme der Produktions-hallen von Alstom mit dem dortigen Vorstandschef reden. Noch mehr Stunden für den Krieg anstatt keiner einzigen.

Für 500 ausgeschriebene Arbeitsplätze erhalte KNDS derzeit über 20.000 Bewerbungen.
Neben der Panzerfabrik errichtet Rheinmetall im Raum Kassel beim Flughafen Kassel-Calden unter anderem ein neues Logistik- und Technologiezentrum auf einer Fläche von 30.000 qm. Der Flughafen wird jetzt schon zunehmend durch das Militär genutzt. Rheinmetall will auf dem riesigen Gelände neue Drohnen-Technik erforschen und erproben. „Darüber hinaus ist eine Fläche von rund 1.200 Quadratmetern des Defence Hubs als Schulungsstandort vorgesehen. Künftig sollen dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl für das Werk in Kassel als auch für andere Rheinmetall-Standorte aus- und weitergebildet werden“ schreibt Rheinmetall auf seiner Internetseite. Insgesamt will der Kriegskonzern 250 Millionen Euro in Kassel investieren, alleine das Land Hessen zahlt 25 Millionen aus dem leeren hessischen Haushaltssäckel obendrauf. „Der Kasseler Oberbürgermeister Sven Schoettler (Die Grünen) sagte auf Fragen zu Sicherheitsbedenken in der Bevölkerung: „Wir sind schon seit jeher ein Rüstungsstandort, und wir sehen natürlich, dass das in der Bevölkerung auch immer Sorgen auslöst“, schreibt die FAZ. Für das Kasseler VW-Werk wäre es günstig, die Bevölkerung hätte nicht nur Sorgen, sondern würde Sturm laufen, auch vor dem Alstom-Werk und insbesondere vor dem VW-Werk in Kassel-Baunatal und die Arbeiter endlich aufrütteln. Das könnte der kleinen Opposition dort wahrlich ein Stück Kreuz einziehen.
Rheinmetall hat 11.000 Zulieferer aus Deutschland und will eine Autarkie der Lieferketten verfolgen unter der Parole „Buy Germany“. In der Lieferkette arbeiten 210.000 Arbeiter, Rheinmetall will in den nächsten Jahren die Zahl der Arbeiter auf 70.000 verdoppeln. Dann stehen fast 300.000 Arbeiter unter dem Rheinmetall-Konzern in seinem Beteiligungssystem. Das ist dann fast die Hälfte von 690.000 Arbeitern der gesamten Autoindustrie samt Zulieferern hierzulande. Eine enorme Anzahl für die Aggressivität des größten Rüstungskonzerns. Die Gesamtzahl der Arbeiter in der Rüstungs-industrie beträgt derzeit Schätzungen zufolge bis zu 135.000, inclusive Zulieferer sind es bis zu 400.000. Wir sehen, welchen Aufschwung das direkte Kriegskapital in den letzten Jahren genommen hat und wie sich die Machtverhältnisse unter den Monopolen, dem aggressiven Finanzkapital verschieben, zumal keine andere Industrie engerer Beziehungen zum „ideellen Gesamtkapitalisten“ hat, die sich also den Staat zu Hilfe nehmen kann im Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Denn die Rüstungsmonopole sind engstens verwoben mit der Bundeswehr, mit dem Generalstab, mit dem Beschaffungsamt, mit dem Kriegsministerium, in dem sie ein und aus gehen. Für ihre Planung und Herstellung von Waffen bis hin zu Truppenübungsplätzen. Die Bundeswehr ist ständig in den Waffenfabriken, die Beziehungen sind riesengroß mit dem stärksten Gewaltapparat, dem Militär. Die Monopole haben sich den Staatsapparat untergeordnet. „Unterordnung des Staatsapparats und die Monopole“ schreibt Stalin. Das ist eine Weiterentwicklung gegenüber dem „Ideellen

Gesamtkapitalisten“ im Konkurrenzkapitalismus zu Marx´ Zeiten. Heute ordnen sich die Monopole der Finanzoligarchie nicht nur den Staatsapparat unter, sondern den gesamten Staat vom Militär bis zum Lehrer. Und den größten Anteil hieran haben die wenigen aggressivsten Monopole, insbeson-dere die Kriegsmonopole.
FAZ 28.8.26

So werden Kriege und die Gestapo gemacht
Eine kleine Drohne auf dem Leipziger Flughafen

Wir könnten heute das ganz ausgezeichnete Buch von Albert Norden: „So werden Kriege gemacht“, das jeder Genosse kennen sollte, fortschreiben.
Eine mit Sprengstoff beladene Drohne liegt am Leipziger Flughafen zwischen Antonov-Flugzeugen der Ukraine. Wie gerufen kommt sie angeflogen und setzt sich genau platziert an den richtigen Ort. Millimeter genau nicht nur platziert, sondern in Sekundenbruchteilen setzen die bürgerlichen Medien, das Fernsehen der deutschen Kriegsreaktion im Stil des Volksempfängers, die Bourgeois-Presse, das Internet in Händen des aggressiven Finanzkapitals wie nach einem langen vorgefassten Plan die Kriegshetze in Gang. Russland wars! Wir müssen uns verteidigen! Noch mehr Rüstung, noch mehr Kriegskredite. Vor allem aber: Noch mehr Krieg im eigenen Land gegen einen kommenden Widerstand. Wir sind bedroht im eigenen Land und müssen uns wehren! Und schon verabschiedete das Berliner Kriegskabinett den lange geplanten und längst ausgearbeiteten Gesetzesentwurf mit 732 Seiten (!) zur Änderung von 20 Geheimdienstgesetzen einstimmig für den Umbau der Spionageorganisationen im eigenen Land als auch im Ausland: Der Verfassungsschmutz wird zur Geheimen Staatspolizei, einer Gestapo umgebaut und soll alles tun dürfen, was er laut Völkerrecht und Grundgesetz nicht darf: Nicht nur jeden im Land tagtäglich ausspionieren, sondern auch Polizeibefugnisse ausführen können. Das Trennungsgebot als Erfahrung aus dem Hitler-faschismus ist gefallen im deutschen Krieg, seinem Weg zum III. Ebenso die Auslandsspionage BND, Bundesnachrichtendienst. Der bislang spionieren durfte (sas nach Kanzlerin Merkel eigentlich auch nicht richtig ist „Spionieren unter Freunden, das geht gar nicht“ erwiderte sie den USA aufgrund deren Abhör-Maßnahmen in der BRD), der BND soll künftig nicht nur Spionage im Ausland betreiben können, sondern auch Verbrechen begehen. Umgebaut mit polizeilichen Befugnissen wird neben dem VS und BND auch der MAD, womit auch das Trennungsgebot zwischen zivil und militärisch fällt. Ebenso wird geändert das Bundeskriminalamt-Gesetz, das Zollgesetz, das Kriegswaffenkontroll-gesetz, das Informationsfreiheitsgesetz, das Vereinsgesetz, das Hochschulstatistikgesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Bundespersonalvertretungsgesetz, das Telekommunikationsgesetz, das

Geldwäschegesetz, die Verwaltungsgerichtsordnung, das Sozialgesetzbuch etc.
Der halbfaschistische Innenminister Dobrindt, der einst aus den bayrischen Bergen von der CSU nach Berlin kam, hatte alle Gesetzesvorlagen längst von seinen Ministerialbeamten ausarbeiten lassen. Sie brauchten nur noch den richtigen Anlass, um sie aus dem Hut zu zaubern: Selbst der Gazette des Finanzkapitals wurde es kurz mulmig ob ihrer Bürgerrechte:
„Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz sollen nach dem Willen von Dobrindt und des Kanzleramts künftig nicht mehr nur Informationen sammeln, sondern auf Grundlage ebendieser Informationen aktiv tätig werden dürfen. Das ist ein Paradigmenwechsel. Seit Gründung der Dienste galt die Devise, wer sammelt, mitschaut und mithört, darf nicht selbst eingreifen und seine Informationen auch nur in ausgewählten Fällen an die Polizei weitergeben. Das war eine Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus, um die totale Überwachung zu verhindern.“ FAZ, 13.8.26
Natürlich war die totale Überwachung durch die Gestapo nicht die Lehre aus der Geschichte, sondern das Festnehmen, Foltern, Morden, Angst und Schrecken.Verbreiten war das eigentliche Verbrechen der Gestapo, die insbesondere gegen den Widerstand der Arbeiterorganisationen KPD, Teile der SPD wie auch Gewerkschafter mit brutalsten und grausamsten Mitteln vorging und ihre illegalen Organisationen zerschlagen sollte.
German foreign policy schreibt am 27. August diesen Jahres:
„Die Bundesregierung will mit dem Gesetzentwurf zur „Reform des Nachrichtendienstrechts“ die Befugnisse der deutschen Geheimdienste „in nahezu jedem Bereich systematisch“ erweitern, wie sie in einer Pressemitteilung erklärt. Innenminister Alexander Dobrindt dankt in diesem Kontext ausdrücklich Verteidigungsminister Boris Pistorius: „In enger Abstimmung“ habe man es geschafft, das „Nachrichtendienste Gesetz komplett neu zu schreiben“ – und zwar „geräuschlos“. Das neue Gesetz erfülle „eine Wunschliste der Geheimdienste“, urteilt die liberale britische Tageszeitung *The Guardian*. Die Dienste sollen künftig gesammelte Telekommunikationsdaten länger speichern können – Inhalte sechs, sogenannte Metadaten sogar zwölf Monate lang –, um sie auch „rückwirkend“ auswerten zu können. Das Gesetz soll zudem die Auswertung erleichtern, indem es zum Beispiel eine KI-gestützte automatisierte Auswertung erlaubt und eine „Abschaffung von administrativen Hürden“ beinhaltet. Die „Verwendung von Tools für den biometrischen Abgleich von Bilddaten, für den Einsatz Künstlicher Intelligenz sowie für die Weiterverarbeitung von Daten für Forschungs- und Entwicklungszwecke“ und sogar die Weitergabe der Daten „an andere Behörden und private Stellen“ sollen erleichtert werden. Insgesamt gehe es um eine „Stärkung der Zugriffsmöglichkeiten auf informationstechnische Systeme“ – vom „intelligenten Kühlschrank“ bis zum privaten Mobiltelefon und Überwachungskameras im öffentlichen Raum, heißt es.

Mit dem Gesetz räumt die Bundesregierung dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz darüber hinaus umfassende Befugnisse ein, die laut Innenminister Dobrindt „weit über das Sammeln von Nachrichten hinausgehen“. Es gehe nicht nur darum, dass die Dienste künftig „besser sehen und hören können“, sondern vor allem auch darum, „gegenüber unseren Gegnern [...] aktiv handeln zu können“. Neben Onlinedurchsuchungen zählt dazu die Erlaubnis, künftig Daten zu „verfälschen“ – „selbstverständlich“, so der Minister: „Das ist der Auftrag“. Die Maßnahme ist ein historischer Einschnitt: Zum ersten Mal nach dem Ende des deutschen Faschismus erhalten deutsche Geheimdienste „operative Befugnisse“, also die Erlaubnis zu „aktiven Maßnahmen“, die seit 1945 strikt der Polizei vorbehalten waren. Zu den neuen Befugnissen zählt es ausdrücklich auch, „Tatmittel [...] zu verfälschen“; erlaubt wird zudem „die Manipulation von Warenlieferungen durch Verbringung fehlerhafter Bauteile, das gezielte Eindringen in IT-Systeme von Drohnenfabriken oder Chemiewaffenlaboren zur Sabotage oder das Abschalten oder Unbrauchbar-machen von Servern staatlicher Hackergruppen oder Desinformation-Akteuren“, sogenannte Hackbacks – alles auch „proaktiv“.

Laut dem neuen Gesetz darf der Inlandsgeheimdienst künftig etwa unbemerkt in Arzt- und Therapeutenpraxen eindringen. Entsprechend kritisieren es die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und die Bundesärztekammer scharf: Mit ihm würden „das Schweigerecht des Arztes unterminiert und der schutzbedürftige Geheimnisbereich zwischen Ärztinnen und Ärzten und Patientinnen und Patienten verletzt“. Der Präsident der Landesärztekammer Hessen sieht in dem Entwurf „eine Missachtung der Ärzteschaft“; er untergrabe das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient. Dobrindt hält von dieser Kritik „nichts, weil wir immer nur angemessen vorgehen“. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) kritisiert in einer Stellungnahme, das Gesetzes-vorhaben nutze „sehr offene Begriffe“, sodass „auch friedliche Bestrebungen“ ins Fadenkreuz der Dienste gelangen könnten. Journalisten könnten künftig keinen Quellenschutz mehr garantieren. Verfassungswidrig sei außerdem die „Abstufung von Eingriffsschwellen nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort“. Anders, als der Gesetzentwurf es vorsehe, seien auch ausländische sowie im Ausland tätige deutsche Journalisten vor den Diensten zu schützen.

Die ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Louisa Specht-Riemenschneider wiederum warnte schon im Vorhinein davor, ihrer früheren Behörde die Kontrollaufsicht über den BND zu entziehen, um sie im Unabhängigen Kontrollgremium zu zentralisieren. Ulrich Kelber, Honorarprofessor für Datenethik und Vorgänger von Specht-Riemenschneider, teilt ihre Kritik: Die Geheimdienste „entscheiden am Ende“ selbst, was „überhaupt kontrolliert werden darf“. Der Unabhängige Kontrollrat – künftig das einzige Kontrollinstrument – „wird einem

verweigerten Einsichtsrecht nichts entgegensetzen können“, lautet die Einschätzung des Datenschutzexperten. Der mit dem Gesetzes-entwurf eingeführte „Zustimmungsfall“ räume dem BND „weitreichende Sonderbefugnisse“ ein und verringere zugleich die Kontrollmöglichkeiten weiter – und dies, ohne dass der Bundestag, wie bisher erforderlich, den Spannungs- bzw. Verteidigungsfall beschließen müsste. Kelber sieht darin eine „verfassungsrechtlich fragwürdige Machtverschiebung weg vom gewählten Parlament“. Das Gesetzesvorhaben, das die Bundesregierung gerade auch mit einer angeblichen Verbesserung der Kontrollinstanzen bewirbt, erwecke bei ihm „schon fast den Eindruck gezielter Sabotage der unabhängigen Aufsicht“ über die Geheimdienste.
Bei einer Anhörung vor dem parlamentarischen Kontrollgremium hatte Verfassungsschutz-präsident Sinan Selen eingeräumt, dass sein Dienst auch nicht eindeutig zuzuordnende Vorfälle als „hybride Angriffe“ Russlands verbucht. Damit wird die Unterscheidung zwischen äußerem Feind und inneren Kritikern weiter nivelliert. Entsprechend könnte der Inlandsgeheimdienst laut dem neuen Gesetz neben tatsächlichen oder angeblichen „hybriden Angriffen“ künftig auch „erhebliche Unruhen in großen Teilen der Bevölkerung“ zum Anlass für operative Maßnahmen nehmen. Berlin rechnet im Kriegsfall bei NATO-Truppentransporten durch Deutschland an die neue Ostfront mit Widerstand aus der Bevölkerung.
gfp, 27.8.26

Der Verfassungsschutz soll auch in fremde Wohnungen eindringen und sie betreten dürfen, um etwa elektronische Geräte zu manipulieren! Art. 13 GG des Schutzes der Wohnung ist aufgehoben, da dieses Eindringen bislang die Polizei schon konnte und nun auch der Verfassungsschutz! Beides ist zutiefst illegal und in gewisser Weise faschistisch.
Der BND soll künftig Cyberangriffe auch kontern dürfen. Außerdem kann er Tatmittel im Ausland manipulieren. „Wenn also etwa der BND Kenntnis von einer Drohnenfabrik in Russland haben sollte und vermutet, dass diese Drohnen auch gegen Deutschland eingesetzt werden, könnte er diese mit technischen Maßnahmen unschädlich machen.“ FAZ, 13.8.26 Der BND kann also mit technischen Mitteln die Drohnenfabrik hacken und die Produktion lahm legen.
Das neue Gesetz ist zugleich auch eine „Militarisierung des BND“ (Thomas Rieder, verfassungsblog.de), da er im Ausland auch gegen die „Hybride Bedrohung“, also eine Grauzone zwischen Militär und Zivil, Verbrechen begehen kann, wie etwa gegen „Terroristen“ wie der bewaffneten Hamas. Er darf sie bislang nur im Verteidigungsfall töten, er kann aber Personen als Kollateralschaden töten. Setze anstatt „Terrorist“ den bewaffneten Widerstand wie die Résistance, und du weißt, wer gemeint ist: Jeglicher Widerstand gegen die deutschen Besatzungs- und Okkupationstruppen wie in Litauen und allen überfallenen Ländern. Damit wird auch die

Spionageorganisation BND wieder zu einem Teil des Militärs – siehe die „Organisation Gehlen“.
Außerdem kann der BND künftig Menschen nicht nur im Ausland ausspionieren und verfolgen, sondern auch Menschen im Inland noch verfolgen können, die zuvor im Ausland waren. Auch dies hat eine immense Bedeutung für die Organisierung des Widerstands, hatte die KPD beispielsweise Stützpunkte auch im Ausland wie in Schweden z.B. zur Organisierung des Widerstands in Deutsch-land und die Genossen reisten ständig zwischen dem In- und Ausland hin und her zur Übergabe, Vermittlung und Organisierung von politischen Instruktionen etc. für den Widerstandskampf.
Alles läuft auf den erneuten Aufbau des Reichssicherheitshauptamts hinaus, also die restlose Überwindung der Trennungsgebote aus den Zeiten der Bonner Republik. Und die Zentralisierung aller Spionage- und Polizeikräfte. Einschließlich heute deren Militarisierung für den deutschen Krieg Innen und Aussen.
Wenn die FAZ sich über die geringe Kritik gegen den Gesetzentwurf wundert „Und Kritiker finden sich erstaunlich wenige angesichts dessen, wie weitreichend die Pläne sind“, so weist selbst dieses Blatt darauf hin, wie gering eine demokratische Bewegung überhaupt noch vorhanden ist in Zeiten des heranstürmenden Faschismus. Nämlich gleich Null. Das ist für die Arbeiterbewegung insgesamt für ihren ersten Widerstand, zur Errichtung einer Volksfrontpolitik eine große Erschwernis wie es auch eine große Erschwernis für den Aufbaus einer Nationalen Antikriegsfront ist. Selbst kleine Demonstrationen des Jugendaktionsausschuss gegen den Notstand der Republik mit 200 Teilnehmern vor gut 15 Jahren wären heute gerade nicht denkbar. Und für das geringe Bewusstsein der Arbeiter heutzutage ist es eine noch größere Erschwernis, dass sie hier keine Unterstützer haben, was dem einen oder anderen helfen könnte, zum Streik zu kommen.
Die Arbeiterklasse ist also wesentlich auf sich alleine gestellt, auch im Kampf gegen den Faschismus. Trotzdem müssen die Kommunisten sie auch an die Volksfront gegen Faschismus und Krieg, an ihre Aufgabe der Avantgarde, heranführen. So schwer es auch sein mag, dieser Kampf wird noch Früchte tragen, wenn er wirklich beginnt.

Neuer Wehrdienst: Mehr junge Menschen wollen zur Bundeswehr
Immer mehr junge Menschen wollen zur Bundeswehr. Das Verteidigungsministerium zieht gut fünf Monate nach dem Start des neuen Wehrdienstgesetzes eine positive Bilanz.
Gut fünf Monate nach dem Start des neuen Wehrdiensts ist die Zahl der Bewerbungen für die Bundeswehr deutlich gestiegen. Das Verteidigungsministerium teilte am Abend mit, 2026 seien bislang rund 38.500 Bewerbungen (plus 24 Prozent zum Vorjahreszeitraum) und rund

11.000 Einstellungen (plus 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) für alle Laufbahnen registriert worden.
Das Gesetz für den neuen Wehrdienst war am 1. Januar in Kraft getreten. Deutschland reagiert damit auf die Bedrohung durch Russland und die in der Folge geänderten NATO-Ziele. So soll die aktive Truppe von zuletzt mehr als 180.000 Männern und Frauen um 80.000 auf 260.000 Männer und Frauen wachsen. Zudem soll es 200.000 Männer und Frauen in der Reserve geben. Auch wurden der Sold für die Soldaten und Soldatinnen erhöht und neue Dienstzeitmodelle eingeführt.

Ministerium zieht positive Bilanz
Das Verteidigungsministerium zog rund fünf Monate nach dem Start des Versands von Fragebögen an junge Menschen, die bald 18 Jahre alt werden, eine positive Bilanz. Zum Stichtag 18. Juni 2026 seien rund 298.200 Anschreiben versendet worden, wobei rund 153.200 Anschreiben an männliche Personen und rund 145.000 Anschreiben an Personen anderen Geschlechts adressiert gewesen seien. Gefragt werden die jungen Menschen nach ihrer Bereitschaft, Wehrdienst zu leisten.
Von den Männern hätten rund 96 Prozent geantwortet, teilte das Verteidigungsministerium weiter mit. Bei den verbleibenden vier Prozent werde nun die Einleitung eines Ordnungswidrigkeits-verfahrens geprüft. Die Rücklaufquote bei den Personen anderen Geschlechts, die nicht zur Beantwortung des Fragebogens verpflichtet seien, liege bei rund vier Prozent.
Bei den Männern habe mehr als jeder Fünfte ein Interesse an einem Dienst in der Bundeswehr gezeigt. Bei ihnen seien bereits rund 1.500 Musterungen und Auswahlverfahren durchgeführt worden. Mehr als 530 Interessierte seien für 2026 für einen Wehrdienst fest eingeplant worden.
Junge Männer müssen den Bogen verpflichtend ausfüllen, denn nach dem Grundgesetz ist eine Wehrpflicht nur für Männer möglich. Für junge Frauen ist dies freiwillig. Der Jahrgang 2008 umfasst knapp 700.000 junge Männer und Frauen. Der Dienst selbst ist nach dem Willen von Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestags weiter freiwillig und nun mit zusätzlichen Anreizen versehen.
RT Deutsch, 25. Juni 2026

Parallel zur Wehrpflicht wird Zivildienstpflicht wieder eingeführt
Das Familienministerium bereitet parallel zur Wehrpflicht die Wiedereinführung des verpflichtenden Zivildienstes vor.
„Das alte Zivildienstgesetz ist nach wie vor gültig, aber viele der darin festgelegten Regelungen waren schon 2011 überholungsbedürftig, deshalb bereiten wir sicherheitshalber eines vorausschauenden Staates eine Modernisierung und Entbürokratisierung vor“, so ein Sprecher des Ministeriums. Dafür sind 23 Organisationen befragt worden, die bis 2011 im Zivildienst aktiv waren. 22 von ihnen bestätigten, „im Falle einer

Reaktivierung einer allgemeinen Wehrpflicht Wehrersatzdienst-Leistenden ein Angebot zu machen.“
Also auch bei den Zivildiensten läuft die Vorbereitung des Kriegs auf Hochtouren, bis sie selbst ausgeschaltet werden, wenn die ersten Soldaten auf dem Felde der Ehre krepiert sind.
FAZ, 5.8.26

aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
September 2026